



Foto: CandyPottPictures

EIN ERFAHRUNGSBERICHT

KATRETT – wenn Du von der Couch geholt wirst, um Leben zu retten

Es ist ein Samstag, ich sitze völlig fertig auf meiner Couch, da ich gerade den Kindergeburtstag meiner elfjährigen Tochter erfolgreich hinter mich gebracht habe. Vor mir steht eine Flasche Wein, die ich öffnen und mit einem Glas den Abend einleiten möchte. Plötzlich piept mein Handy. Reanimationsalarm über die KATRETT-App der Berliner Feuerwehr. Einsatzort, keine 600 Meter von mir entfernt.

Sibylle Krause, stellv. Landesvorsitzende

Da gibt es nichts zu überlegen, also Einsatz angenommen und bestätigt, FFP2-Maske und Einweghandschuhe greifen, das Handy, den Autoschlüssel und los. Ehrlicherweise arbeitet mein Adrenalinspiegel bereits da auf höchstem Niveau. Eine Nachbarin, die bereits auf den RTW vor dem Haus gewartet hat, führt mich sofort zu der Person, die einen Atemstillstand hat. Ich beginne sofort mit der Reanimation, Unterstützung gibt es von einem Nachbarn. Vor uns sitzt die Ehefrau des Mannes, der vor uns auf dem Boden liegt und unsere Hilfe benötigt. Ich möchte ihn zurück ins Leben bringen, der Blick der Frau motiviert zusätzlich, gibt noch mehr Kraft für die Herzdruckmassage.

Es dauert eine gefühlte Ewigkeit, bis die Kollegen der Feuerwehr eintreffen, 10 oder 15 endlos lange Minuten. Sie übernehmen, bitten mich, die Ehefrau aus dem Raum zu führen. Wir gehen in das Nebenzimmer. Die beiden Nachbarn sind in dieser Situation hilflos und freuen sich, dass ich mich um die ältere Dame kümmere. Sie schaut mich immer an, fragt mit Tränen in den Augen, ob der Ehemann es denn schaffen wird. Eine furchtbare Situation, die nicht besser wird, wenn man einen Blick durch die Tür wirft und sieht, dass es eher nicht danach aussieht.

Ich versuche so gut es geht für Ablenkung zu sorgen und bin doch machtlos, als der Notarzt die traurige Nachricht mitteilt. Die Frau gerät in Schockstarre, auch die Nachbarn wirken hilflos. Ich aber muss funktionieren, erkläre ihnen nun das weitere Prozedere. Ich

bleibe noch, bis ein Angehöriger kommt und sich um die Hinterbliebene kümmert.

Auch wenn es in diesem Fall leider nicht positiv ausgegangen ist, kann ich voller Stolz sagen, dass ich alles versucht habe und der

Mann dank KATRETT zumindest eine kleine Chance auf rechtzeitige Hilfe hatte. Ich kann hier nur dazu animieren, wenn Ihr Euch eine Reanimation zutraut, dann registriert Euch für diese wirklich tolle App! Sie kann Leben retten. Es ist leider so, dass Ersthelfer*innen schneller am Ort als die Feuerwehr sind und es vielfach um Sekunden geht. ■

Infokasten – was ist KATRETT?

Zur Verbesserung der Überlebenschancen bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand hat die Berliner Notfallrettung die Ersthelfer-App KATRETT eingeführt.

Welche Ziele sollen mit KATRETT erreicht werden?

Bei der Rettung von Menschen zählt oft jede Minute. Wenn freiwillige Helferinnen und Helfer in der direkten Nähe des Notfallortes alarmiert werden, können diese noch schneller am Notfallort sein als die professionellen Rettungskräfte der Berliner Notfallrettung. Durch frühzeitiges Eintreffen Ersthelfender beginnt eine Herzdruckmassage bereits in den ersten Minuten nach Bekanntwerden des Notfalls. So können die Überlebenschancen nach einem Herzstillstand deutlich verbessert und Spätfolgen vermindert werden.

Wie setzt die Berliner Feuerwehr das KATRETT-System ein?

In Notfällen wie dem Herz-Kreislauf-Stillstand werden durch die Leitstelle der

Berliner Feuerwehr sofort Einsatzmittel der Notfallrettung (Rettungswagen und Notarzteinsetzfahrzeug) alarmiert. Zeitgleich wird mithilfe der Ersthelfer-App KATRETT sofort nach Freiwilligen in der Nähe des Notfallortes gesucht und diese um Hilfe auf ihrem Smartphone angefragt.

Wie werden Ersthelfende benachrichtigt?

Über die Benachrichtigung von Helferinnen und Helfern entscheidet das KATRETT-System anonym nach der Nähe zum Einsatzort. Sobald freiwillig Helfende die Übernahme eines Einsatzes in der KATRETT-App bestätigt haben, werden die relevanten Informationen zum Einsatz direkt auf deren Smartphones übertragen und angezeigt. Das KATRETT-System versucht möglichst drei Helfende zur Durchführung einer lebensrettenden Herzdruckmassage in der direkten Umgebung zu finden, damit diese sich gegenseitig unterstützen können. ■



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die zweite Jahreshälfte hat begonnen und auch in ihr werden wir als zentrale Interessenvertretung für Beschäftigte der Inneren Sicherheit dieser Stadt Euer Sprachrohr sein. Auch wenn im politischen Raum gerade Sommerpause herrscht, stellen wir die Arbeit nicht ein. Stephan Weh und sein Team führen unzählige Gespräche, unter anderem auch mit den Freien Demokraten. Ihr innenpolitischer Sprecher Björn Matthias Jotzo stand uns für unser Interview des Monats Rede und Antwort. Das macht übrigens auch unsere stellvertretende Landesvorsitzende Sibylle Krause, die im Leitartikel dieser Ausgabe mal vom persönlichen Engagement neben der GdP berichtet.

Benjamin Jendro, Landesredakteur

Foto: Candy/PollPictures



Fotos: GdP Berlin



Deine GdP – politische Gespräche

Unser neuer Landeschef arbeitet auf Hochtouren und hat kurz nach Amtsantritt damit begonnen, bei zahlreichen Fraktionen und politischen Protagonisten vorbeizuschauen. Im Juni war er mit Mitgliedern aus dem Landesvorstand unter anderem bei Innensenatorin Iris Spranger, der FDP, den Grünen und LBD Dr. Karsten Homrighausen. ■



Foto: Bündnis 90 / Die Grünen

DP – Deutsche Polizei
Berlin

Geschäftsstelle
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin
Telefon (030) 210004-0
Telefax (030) 210004-29
gdp-berlin@gdp-online.de
www.gdp-berlin.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)
Telefon (030) 210004-13
jendro@gdp-berlin.de

Konten
Commerzbank
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00

Hier findest Du uns
in den Social-Media-Kanälen



Deine GdP gibt Stellungnahme zum Gesetzesentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung ab

Der Fachausschuss Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht Deiner GdP hat sich eingehend mit dem Gesetzesentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2022 und zur Änderung weiterer Vorschriften (BerlBVAnpG 2022) beschäftigt. In unserer Stellungnahme bringen wir unsere Enttäuschung zum Ausdruck, dass trotz des Entwurfumfangs von 222 Seiten aus unserer Sicht wesentliche Regelungen nicht getroffen wurden. Insbesondere sind hier die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- und Feuerwehruzulage sowie die Anpassung der EZuV Bln (sowohl in der Höhe einiger Zulagen als auch die Erweiterung des Kreises der Berechtigten) zu nennen.

Jens Raue, Vorsitzender FA Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht

Die Höhe der Besoldungsanpassung von 2,8 Prozent zum 1. Dezember 2022 wird bei der Betrachtung der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung sowie der Inflationsrate als zu gering erachtet. Sie bedeutet einen realen Kaufkraftverlust. Hier hätte der Besoldungsgesetzgeber aktuell gegensteuern können, wenn nicht gar müssen. Auch dass der Gesetzgeber keinen weiteren Besoldungsaufschlag ins Auge fasst und anscheinend eine (wenn überhaupt) bundesdurchschnittliche Besoldung für ausreichend hält, wird einer Hauptstadt nicht gerecht. So wird Berlin nicht konkurrenzfähig gegenüber dem Bund und der freien Wirtschaft. Dass der Gesetzgeber seine eigene Besoldungsgesetzgebung für unzureichend erachtet, beweist er durch eine Personalgewinnungs-/Personalbindungsprämie, indem er diese zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit im Land Berlin einführen will. Zielführender wäre hier eine personalgewinnende und personalbindende Besoldung!

Wir fordern, neben der linearen Erhöhung der Erschwerniszulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten, die Grundbeträge auf das Bundesniveau anzuheben.

Aufgrund der gestiegenen hauptstadtbedingten Anforderungen und damit auch zahlenmäßig gestiegenen Aufstellungen der Alarmhundertschaften der Polizei Berlin ist die Aufhebung der Deckelung der AHu-Zulage gem. §9 EZuV Bln notwendig. Die Belastung durch die Aufstellung sinkt nach drei Anforderungen nicht, im Gegenteil, sie steigt. Eine Deckelung auf 66,90 Euro im Monat ist daher nicht sachgerecht. Weiterhin merken wir in unserer Stellungnahme an, dass der Berechtigtenkreis für Erschwerniszulagen u. a. um mehrere Dienststellen des LKA und Dir 5 K 44 erweitert werden sollte, was ja zumindest von der Innensenatorin angekündigt wurde, aber im Entwurf nicht zu sehen ist. Auch bei unseren Kolleginnen und Kollegen des Sanitätsdienstes, den Entschärfern und Polizeifeuerwerkern, welche Großartiges für unsere Stadt leisten, besteht Anpassungsbedarf bei den Zulagen. In Gänze neu eingefügt werden muss auch eine Zulage für die Begleitung von Rückführungen auf dem Luftweg gem. § 16c EZuV Bln, wo diese Zulage seit Jahren existiert.

Weiterhin sehen wir dringenden Änderungsbedarf bei der Weitergewährung der Zulage für Dienst zu wechselnden Zeiten. Die Zahlung der Zulage hat nach unserer Meinung auch

bei kurzfristigen Dienstplanwechseln zu erfolgen. So soll sichergestellt werden, dass kurzfristige, dienstlich notwendige Änderungen am Dienstplan nicht zu finanziellen Einbußen der Kolleginnen und Kollegen führen. Zumindest die geplanten und im Dienstplan fixierten Dienstzeiten haben bei angeordneten Dienstzeitverlagerungen in der Berechnung der Zulage Berücksichtigung zu finden.

Wiederholt fordern wir auch die Anpassung des Bemessungszeitraums für den Dienst zu wechselnden Zeiten, da es bei Fortbildung, Urlaub oder Abordnung schnell zum Nichterreichen der Voraussetzungen innerhalb des normierten Monats kommt. Daher ist eine Erweiterung des Bemessungszeitraums auf mindestens drei Monate für die Erfüllung der Voraussetzungen der Zulage dringend geboten.

Für unsere Versorgungsempfängerinnen und -empfänger fordern wir eine Einmalzahlung in Höhe von zumindest 71,75 Prozent der Sonderzahlung, da ihnen die Coronasonderzahlung nicht gewährt wurde. Es ist unredlich, unsere pensionierten Kolleginnen und Kollegen von der Besoldungsentwicklung im aktiven Bereich einfach abzukoppeln so wie es schon bei der Hauptstadtzulage der Fall ist.

Zusätzlich haben wir die Gelegenheit genutzt und uns zu den Themen Anpassung des Dienstunfallrechtes aufgrund der Coronapandemie, Versorgungsrechtliche Gleichbehandlung von Beamtinnen und Beamten auf Widerruf bei Dienstunfällen im operativen Polizeidienst, Ausdehnung des Kreises der Berechtigten bei Unfallentschädigungen und Anpassung des Hinterbliebenenbegriffes an die gesellschaftliche Entwicklung sowie Anhebung der Summen bei der Mehrarbeitsvergütung geäußert.

Unsere Stellungnahme haben wir an unseren Dachverband DGB übermittelt. Von hier erfolgen dann die Zusammenfassung und Übermittlung an die Senatsverwaltung für Finanzen. In dieser Stellungnahme wird ggf. ergänzend auf weitere Themen wie bspw. angemessene Besoldung, Abstandsgebote oder Familienzuschläge eingegangen. Sie sind daher diesmal nicht Gegenstand unserer Stellungnahme. ■



» Landeschef Stephan Weh via. B.Z.

Die Kriminalitätslagen in der Hauptstadt nehmen seit Jahren zu und werden immer vielfältiger, sodass die Belastungen für die Abschnitte und vor allem den Funkwageneinsatzdienst längst Grenzen überstiegen haben. Wir brauchen flexible Arbeitszeitmodelle und eine umfassende Aufgabenkritik, damit uns die Menschen, die sich in den Dienst dieser Stadt stellen, nicht komplett ausbrennen.

INTERVIEW DES MONATS – BJÖRN MATTHIAS JOTZO (FDP)

„Wir brauchen eine Verbesserung für die Menschen am Kotti, nicht linke Wohlfühlbiotope abseits von staatlicher Sicherheit“

Nach fünf Jahren Abstinenz ist Björn Matthias Jotzo im vergangenen Herbst wieder ins Abgeordnetenhaus eingezogen und wurde dank seiner Expertise von der FDP-Fraktion zum innenpolitischen Sprecher gewählt. Dass diese Wahl berechtigt war, bewies der Liberale in den letzten Monaten mehrfach, sodass er bereits als wahrer Oppositionsführer im Innenausschuss gilt. Wir haben mit Jotzo über Berlins Sicherheitspolitik, Vorbehalte gegenüber einer Videoüberwachung und die Pläne von Rot-Grün-Rot gesprochen.

Im Gespräch mit DP-Landesredakteur Benjamin Jendro

DP: Lieber Herr Jotzo, fühlen Sie sich sicher in Berlin?

Jotzo: Im Großen und Ganzen ja. Es gibt natürlich Situationen und Stadtteile, wo das subjektive Sicherheitsgefühl nicht immer da ist. Im internationalen Vergleich sind wir eine sichere Stadt und dazu trägt in erster Linie die Arbeit der Polizei bei. Im Deutschlandvergleich müssen wir natürlich schauen, wo wir noch besser werden können.

DP: Was sind denn so Situationen und Orte, wo Ihr subjektives Sicherheitsgefühl eher rudimentär ausfällt?

J: In erster Linie natürlich die kriminalitätsbelasteten Orte. Es ist schon für mich ein Problem, wenn man mich an szenekanntenen Objekten in Szenebezirken erkennt. Da sieht man sich nachts mitunter vor und schaut, wo man sich bewegt.

DP: Aber hätten Sie jetzt auch Angst, nachts mit der U1 oder U8 zu fahren und auszusteigen, weil Ihnen dort mit dem Messer gedroht wird, wenn Sie kein Crystal Meth oder Kokain kaufen wollen?

J: Ich bin, denke ich, als normalsportlicher Mann mittleren Alters nicht Kernzielgruppe von solchen Angriffen. Aber ich sehe durchaus, dass sich die Gefährdung für Frauen oder ältere Menschen dort ganz anders zeigt. Wir haben eine erhebliche Zunahme von Rohheitsdelikten, die mich als Parlamentarier besorgt stimmt. Hier müssen wir der Polizei die Mittel an die Hand geben, um stärker dagegen vorzugehen.

DP: Als normalsportlicher Mann mittleren Alters, zudem gewählter Volksvertreter, haben Sie im Privaten auch sicher nicht so viel Kontakt mit der Polizei. Wann brauchen Sie das letzte Mal die Kollegen?

J: Ich hatte vor sechs Jahren einen Einbruch in mein Auto. Damals war ich kein Abgeordneter und überrascht, wie schnell die Kriminalpolizei vor Ort war und wie professionell Spuren gesichert wurden.

DP: Wie ist es ausgegangen?

J: (leichtes Lächeln) Es wurde eingestellt, aber es war ein Versuch. Der ist für mich schon viel wert. Aber natürlich fragen sich viele Men-

schen angesichts der geringen Aufklärungsquoten, zum Beispiel beim Fahrraddiebstahl, ob sich eine Anzeige überhaupt lohnt.

DP: Bekämpfung Fahrraddiebstahl – ein Kernthema der Agenda unserer Innenministerin. Wie bewerten Sie ihre Arbeit bisher?

J: Jetzt sind gerade einmal die Haushaltsberatungen durch und da ist es schon noch etwas früh, um das zu bewerten. Grundsätzlich sind wir bei den Ansätzen, den Projekten und der generellen Linie mit mehr Prävention und mehr Präsenz gar nicht so weit auseinander. Bei der Eignung der Kotti-Wache sind wir anderer Meinung, aber man muss ihr sicher auch ein wenig Zeit für die Umsetzung geben. Es ist gut, dass die GdP das sachlich-kritisch begleitet, insbesondere was die Personaldecke dort angeht.

DP: Würden Sie wie Linke und Grüne noch mal über den Standort diskutieren?

J: Der Standort ist sicher nicht optimal. Die beiden Parteien kritisieren ihn aber aus anderen, teils ideologischen Gründen. Da sieht man, dass diese Koalition schon jetzt bis aufs Blut zerstritten ist, nicht nur beim Thema Enteignung, sondern eben auch bei der inneren Sicherheit. Wenn man sich anschaut, dass die grün geführte BVV in Friedrichshain-Kreuzberg nun erst einmal einen runden Tisch einrichten will, fragt man sich schon, was Linke und Grüne wirklich wollen. Wir brauchen eine Verbesserung für die Menschen am Kotti, nicht linke Wohlfühlbiotope abseits von staatlicher Sicherheit. Das steht konträr zu unserer liberalen Sicherheitspolitik.

DP: Teil des Konzepts ist auch Videoüberwachung ...

J: Wir haben gegenüber einer flächendeckenden Videoüberwachung – die man im Extremfall z. B. in China beobachten kann – immer den Vorbehalt, dass Menschen unwillkürlich ihr Verhalten an ständige Überwachung anpassen. Das widerspricht unserem Verständnis einer freien Gesellschaft.



Foto: Ulrike Naumann/FDP

Was die kbOe angeht, übrigens auch den ÖPNV, verhält es sich etwas anders. Wir haben immer gesagt, dass Videoüberwachung dort Sinn ergeben kann, wo Sicherheit auf anderem Weg nicht durchgehend gewährleistet werden kann. Dafür sollte man die Speicherfristen der Aufnahmen aber möglichst klein halten, bei Vorfällen die Aufnahmen mittels Quick-Freeze-Verfahren anlassbezogen sichern. Der Fokus sollte darauf liegen, nicht nur aufzuzeichnen, sondern im Bedarfsfall auch schnell mit Menschen zu intervenieren. Wir brauchen nicht 200 Bildschirme, wenn wir nicht vor Ort helfen können.

DP: Wie ist es bei Bodycams?

J: Bodycams sind ein sinnvolles Projekt und mich wundert es, dass die Koalition da so zögerlich ist. Sie dienen ja nicht nur dem Schutz von Polizisten, sondern auch derer, die mit Polizeiarbeit konfrontiert sind. Bodycams sind in vielen Ländern im Einsatz und haben sich bewährt. Ich verstehe den ewig langen Modellversuch nicht. Die 300 Kameras, die Frau Spranger jetzt im nächsten Wurf anschaffen will, sind viel zu wenig. Mit Blick auf die gesetzliche Grundlage bin ich der Ansicht, dass wir ein Filmen im privaten Wohnraum ermöglichen sollten, wenn eine erhebliche Gefährdungslage vorliegt. In solchen Einsatzszenarien sollten wir die Beamten nicht alleinlassen – da ist eine Dokumentation wichtig.

DP: Man hat das Gefühl, dass zumindest im Innenausschuss eher Sie die Opposition anführen. Das hört man auch aus den Reihen von RGR, weil man Ihre Fragen anders als die der CDU ernst nimmt ...

J: Es ist nicht meine Aufgabe, die Arbeit der CDU zu bewerten. Wichtig ist, dass wir die Dinge konstruktiv beim Namen nennen und im Innenausschuss kontrovers diskutieren. Als Opposition müssen wir auf Show verzichten und echte Alternativen zum Regierungshandeln aufzeigen. Die gibt es genug, denn Politik von Rot-Grün-Rot ist in vielen Bereichen kontraproduktiv und unzureichend. Aktuell erleben wir bei der Enteignung und auch in der inneren Sicherheit ein absurdes Schauspiel. Wenn ich den Kollegen Ferat Kocak (Die Linke) sehe, der im Plenum Ideen von „defund the police“ vorstellt und das ja auch im Innenausschuss vertritt, frage ich mich ernsthaft, wie die personelle Bestückung der Aus-

schüsse bei den Regierungsfraction erfolgt ist. In einem so wichtigen Ausschuss wie unserem sollten Fachleute sitzen.

DP: Wir haben schon über die Innensenatorin gesprochen, wo würden denn Ihre Schwerpunkte liegen?

J: Wir sind ehrlich gesagt von der Innensenatorin nicht so weit entfernt, würden als Liberale aber das Augenmerk noch mehr darauf legen, die staatlichen Leistungen auch auf die Straße zu bekommen, zu eruieren, wo wir effektiver werden und uns besser aufstellen können. Wenn ich mir die neu geschaffene Landespolizeidirektion anschau, sehe ich keinen durch die Umstrukturierung geschaffenen Mehrwert. Sicher brauchen wir mehr Polizei auf der Straße. Aber wir sehen seit Jahren den Trend, dass sich Straftaten ins Netz verlagern, auch da müssen wir präsenter werden. Aber es geht auch um viele kleine Details, die grundlegende Voraussetzungen für erfolgreiche Polizeiarbeit sind. Dazu gehört sicher die bauliche Substanz der Dienststellen. Es kann nicht sein, in was für Bruchbuden mitunter die Arbeit der Hauptstadtpolizei bewerkstelligt werden muss.

DP: Was glauben Sie, ist das entscheidende Thema für die 24-jährige Obermeisterin auf dem A24 oder des 31-jährigen Rettungssanitäters auf der Wache Suarez?

J: Die Perspektiven sind natürlich sehr unterschiedlich. Die junge Obermeisterin auf dem A24 hat einen unglaublich großen Bereich zu beackern, 11 Quadratkilometer, 105.000 Berlinerinnen und Berliner. Das sind Sicherheitsaufgaben, die in vielen Genden bundesweit nicht anfallen. Es gibt aber viele Dinge, die allen Beschäftigten wichtig sind – Anerkennung, Wertschätzung und Respekt. Dazu gehören eben auch

eine gute Ausstattung und ordentliche Arbeitsmittel. Es ist die Aufgabe des Dienstherrn, Förderungen, Angebote und Perspektiven zu bieten. Wir brauchen motivierte Menschen im öffentlichen Dienst, und wenn wir die haben wollen, müssen wir ein interessantes Arbeitsumfeld schaffen. Dazu gehören eben auch Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten, moderne Strukturen. Für den Rettungssanitäter wäre ein Ende des ständigen Ausnahmezustands sicher gut. Das Programm 112 Medic Expert sollte weiterlaufen, damit er sich noch weiterentwickeln kann, eine berufliche Perspektive bekommt.

DP: Wie erfahren Sie denn, was die Kollegen bewegt, was sie brauchen?

J: Es ist in erster Linie das persönliche Gespräch. Der direkte Austausch ist einfacher als man denkt. Viele Bürger wissen oft gar nicht, dass Beamte auch Menschen sind, mit denen man einfach sprechen kann. Das ist natürlich auch auf Veranstaltungen wie bei der GdP möglich. Man kommt mit der Basis ins Gespräch, erhält ungefilterte Eindrücke – das sind oft die wichtigsten Töne. Das ist anders bei den schriftlichen Anfragen, wo wir eben manchmal nur glatt geschliffenes Zeug bekommen, was bis auf die blanken Zahlen wenig hergibt.

DP: Dennoch hat Ihr Vorgänger Marcel Luthe gefühlte 2.153 schriftliche Anfragen gestellt, wozu dann dieses Mittel?

J: Jeder hat seinen politischen Stil. Ich persönlich stelle schriftliche Anfragen, um Zahlen zu bekommen und diese für späteres politisches Handeln zu nutzen. Deshalb stelle ich sie sehr punktuell. Klar kann man schriftliche Anfragen, anders als das persönliche Gespräch, auch medial nutzen, um besonders als Oppositionspolitiker auf sich aufmerksam zu machen.

DP: Letzte Frage, Sie finden 100 Millionen Euro und können sie beliebig einsetzen. Sie wollen sicher keine 25 Kotti-Wachen ...

J: Sicher nicht. Wenn man ehrlich ist, sollte man die 100 Millionen komplett in die Sanierung der Dienststellen von Polizei und Feuerwehr investieren, damit erst einmal die übelsten Missstände behoben werden können. Klar sind die Baupreise gerade nicht im Keller, aber es wird in absehbarer Zeit auch nicht billiger. Wir müssen jetzt ran. ■



» Sprecher Benjamin Jendro via Tagesspiegel

Wir wünschen unseren verletzten Kollegen alles Gute und hoffen, dass nichts aus dem Einsatz hängen bleibt. Wir reden über Menschen, die einen Dienst für diese Stadt leisten, der hohe körperlichen Anforderungen mit sich bringt und bei dem man stets Gefahr läuft, nicht mehr gesund nach Hause zu kommen. Wir fordern nicht ohne Grund die flächendeckende Einführung der Bodycam, weil sie sicher nicht jeden von so einem Angriff abhält, dann aber zumindest Beweismaterial liefert, damit die Justiz das entsprechend bestraft.

DEINE GdP IST ANSPRECHPARTNER NUMMER EINS

Klares Votum bei den Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen

Nachdem Eure Gewerkschaft der Polizei bereits Anfang des Jahres großes Vertrauen zugesprochen bekam und den Vorsitz der neu gewählten JAV an der Polizeiakademie stellen durfte, zeigen auch die kürzlich zu Ende gegangenen Wahlen der weiteren Jugend- und Auszubildendenvertretungen ein klares Bild.



Bei der JAV ZS, bei der wir als einzige Organisation überhaupt angetreten sind, um Eure Interessen voranzubringen, traten 28,6 Prozent an die Wahlurne, unsere Kollegin Ninell Mohammed wurde zur Vorsitzenden gewählt, Jolina Kaun zur Stellvertreterin. Auch bei der GJAV war es nur unsere GdP, die für Euch in den Ring stieg, was letztlich auch ein Grund für die ledig-

lich 1,8 Prozent sein dürfte, die wählen gegangen sind. Das durch uns bestückte Gremium wählte Natalie Haß zur Vorsitzenden, Yannik Leipacher und Florian Mißler zu ihren Stellvertretern. Bei der JAV der Feuerwehr nahmen 24,3 Prozent ihr Wahlrecht wahr, DFeuG und wir erhielten die gleiche Stimmzahl. Da wir auf der Liste nur vier Kollegen hatten, stellen wir zwar einen Sitz im Gremium weniger, mit Benjamin Weißheimer aber den gewählten Vorsitzenden, mit Anthony Röhle einen Stellvertreter. Erfolgsmeldungen gibt es auch in Sachen HJAV, für die 14,7 Prozent berlinweit ihre Stimme abgaben. Drei Viertel davon entfielen auf unsere gemeinsame Liste mit ver.di. Folgerichtig führt unser Kollege Björn Hanisch das zentrale Gremium für junge Menschen im öffentlichen Dienst der Hauptstadt auch in den nächsten Jahren als Vorsitzender an.

Wir danken allen, die uns als GdP das Vertrauen geschenkt haben, und auch allen, die



bereit dazu sind, sich für die Interessen der jungen Kolleginnen und Kollegen in unseren Behörden zu engagieren. Als GdP sehen wir in den Jugend- und Auszubildendenvertretungen einen wesentlichen Bestandteil und zentralen Ansprechpartner, wenn es darum geht, die einzelnen Bereiche für die heutigen Gegebenheiten, vor allem aber auch die zukünftigen richtig aufzustellen und wichtige Weichenstellungen vorzunehmen. Dass es speziell in Sachen Wahlbeteiligung Nachholbedarf gibt, verstehen wir als Auftrag, die Bedeutung der JAVen, der GJAV und der HJAV stärker in den Fokus zu rücken und wir hoffen, dass auch innerhalb der Behörden Handlungsbedarf gesehen wird. ■

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Beihilfe – leicht gemacht!

Seit rund 40 Jahren für Sie im Einsatz: **MEDIRENTA** übernimmt als Beihilfeberater mit dem **Komplett-Service** für Sie und Ihre Angehörigen alle Abrechnungsvorgänge mit sämtlichen Kostenträgern und Leistungsbringern im Gesundheitswesen.



Informieren Sie sich! **030 / 27 00 00** www.medirenta.de

Denk an Deine Angaben!

Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Anspruch auf unsere Leistungen nur für diejenigen besteht, die ihre Mitgliedsbeiträge korrekt bezahlen. Das Land Berlin übermittelt uns eventuelle Änderungen aber nicht. Insofern bitten wir Euch, wenn Ihr umgezogen seid oder endlich befördert wurdet, sich die Ausbildung verlängert hat oder Ihr in den verdienten Genuss Eurer Pension/Rente kommt, es bei uns kundzutun. Nur so können wir Eure Mitgliedsbeiträge korrekt einstufen und schicken Post nicht ins Nirwana. ■



Veranstaltungen

Bezirksgruppen

Dir E/V

Wann: Donnerstag, 21. Juli, 16 Uhr.

Wo: „Herthas Garten“, Onkel-Tom-Straße 52-54 a, 14169 Berlin.

Hinweis: Um eine Planung der Veranstaltung durchführen zu können, bitte ich um Teilnahmebestätigung bis Montag, den 11. Juli 2022, per E-Mail an die DirE-V@gdp-berlin.de oder telefonisch unter 4664-700 801/2

Seniorengruppen

Dir 2

Wann: Dienstag, 5. Juli, 15 Uhr.

Wo: Restaurant El Manuel, Sandstraße 37/ Ecke Meydenbauerweg, 13593 Berlin.

Kontakt: Regina Geisler, Tel.: (030) 92124397 oder Jürgen Gesch, Tel.: (03322) 210390.

Dir 3

Wann: Dienstag, 19. Juli, 14 Uhr.

Wo: STZ Marzahn, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin.

Kontakt: helmut-meyer1142@gmx.de oder Manfred Rigow, Tel.: (030) 92047441 bzw. mannerig@web.de

Dir 4

Wann: Mittwoch, 13. Juli, 16 Uhr.

Wo: Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.

Kontakt: Peter Müller, Tel.: (030) 7967520 oder Erika Schink, Tel.: (030) 74771820.

LKA

Wann: Dienstag, 2. August, 14 Uhr.

Wo: Gasthaus Koch, Friedrich-Wilhelm-Straße 68, 12103 Berlin.

Hinweis: Sommerpause im Monat Juli! Keine Veranstaltungen!

Kontakt: Jürgen Heimann, Tel.: (030) 7217547 oder Marianne Fuhrmann, Tel.: (030) 7451353.

Landesfrauengruppe

Wann: Mittwoch, 27. Juli, 16-18 Uhr.

Wo: GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin – alternativ digital.

Anzeige



Lynarstr. 35-36
-13353 Berlin
Tel.: 030-39838707/795
Fax: 030-39838821
email: bura2@web.de

Veränderte Beiträge

Besoldungsgruppe	Entgeltgruppe	Beitragsgruppe EDV	Beamte (01.04.2021)*	Tarif-Beschäftigte (01.01.2021)*	Pensionäre (01.04.2021)*	Rentner (01.07.2022)*	Hinterbliebene Pensionäre (01.04.2021)*	Hinterbliebene Rentner (01.07.2022)*
Sonderbeitrag		22	5,00 €	5,00 €	3,50 €	3,63 €	2,00 €	2,07 €
Anwärter m.D./g.D.		27	2,00 €	---	---	---	---	---
Mindestbeitrag		30	9,43 €	10,11 €	6,61 €	6,88 €	3,80 €	3,93 €
A 1	2	31	11,36 €	11,87 €	7,93 €	8,16 €	4,54 €	4,68 €
A 2	2Ü	32	12,25 €	12,80 €	8,55 €	8,81 €	4,92 €	5,03 €
A 3	3	33	12,98 €	13,53 €	9,09 €	9,34 €	5,19 €	5,34 €
A 4	4	34	13,35 €	13,89 €	9,35 €	9,62 €	5,34 €	5,50 €
A 5	5	35	13,80 €	14,34 €	9,67 €	9,93 €	5,50 €	5,66 €
A 6	6/7	6	14,23 €	14,80 €	9,98 €	10,25 €	5,69 €	5,88 €
A 7	8	37	15,19 €	15,77 €	10,62 €	10,95 €	6,08 €	6,26 €
A 8		38	15,79 €	16,38 €	11,06 €	11,40 €	6,32 €	6,49 €
A 9	9	39	17,48 €	18,08 €	12,24 €	12,60 €	7,00 €	7,18 €
A 9 AZ	10	40	18,44 €	19,03 €	12,93 €	13,31 €	7,38 €	7,59 €
A 10	11	41	19,10 €	19,71 €	13,37 €	13,79 €	7,64 €	7,87 €
A 11	12	42	22,00 €	22,62 €	15,39 €	15,83 €	8,80 €	9,05 €
A 12	13	43	23,81 €	24,45 €	16,68 €	17,12 €	9,54 €	9,78 €
A 13	14	44	26,78 €	27,44 €	18,74 €	19,21 €	10,70 €	10,98 €
A 14	15	45	27,57 €	28,26 €	19,32 €	19,78 €	11,05 €	11,30 €
A 15	15Ü	46	30,97 €	30,72 €	21,68 €	21,50 €	12,39 €	12,29 €
A 16		47	34,31 €	---	24,02 €	---	13,71 €	---
B 2 – B 4		48	39,53 €	---	27,64 €	---	15,82 €	---
B 5 – B 7		49	44,91 €	---	31,44 €	---	17,98 €	---

* = Datum der letzten Beitragsanpassung (Rentenanpassung 1.7.2022: West + 5,35 % bis T41/E11, ab T42/E12 = 70 % bzw. 40 % vom Beitrag Aktive)
 Sonderbeitrag für: Büro- und Verwaltungsauszubildende, in Pflegeheimen untergebrachte Mitglieder und arbeitslose Mitglieder
 Teilzeitbeschäftigte zahlen arbeitszeiteiligen Beitrag

Wähle als Neumitglied eine von drei Prämien aus:

- GdP-Einsatztasche mit Berliner Black Ops Rubberpatch
- 25 € Wunschgutschein (www.wunschgutscheine.de)
- US Assault Pack LG mit Berliner Black Ops Rubberpatch



**Gewerkschaft
der Polizei**

Wähle als Werber*in eine von drei Prämien aus:

- GdP-Einsatztasche mit Berliner Black Ops Rubberpatch
- 50 € Wunschgutschein (www.wunschgutscheine.de)
- US Assault Pack LG mit Berliner Black Ops Rubberpatch

Kolleg*innen in der Ausbildung oder Studium
können nicht geworben werden.



Das öffentliche Tragen von Abzeichen oder Dienstgradabzeichen kann als Amtsanmaßung bzw. Amtsmissbrauch angezeigt und bestraft werden! Die Ausgabe erfolgt als Sammlerstück.



**Gewerkschaft
der Polizei**